

Dresdener Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauspostamt: Dresden, Gebr. Kienhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Briefporto monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 301.

Dresden, Sonnabend den 28. Dezember 1918.

29. Jahrg.

Museinandersetzungen im sächsischen Landesrat

Verstiegene Unabhängigen-Politik.

Die getriggerten Verhandlungen des Landesrats erhielten ihr Gepräge durch das Unterliegen einer gewissen Seite der obersten Instanz im Lande den entscheidenden Einfluß zu nehmen, und den Kampf, der deswegen ausgefochten, aber noch zu keiner Entscheidung geführt werden konnte. Keine auf Stillstellung des Landesrats gerichteten Versuche beruhen auf der Erkenntnis auf unabhängiger Seite, daß sie nicht nur jetzt in der Minderheit sind, sondern sie angesichts der geradezu katastrophalen Wahlniederlagen in Sachsen auch keinerlei Aussicht haben, jemals wieder zu entscheidendem Einfluß zu gelangen, vielmehr damit rechnen müssen, daß ihr Häuflein immer mehr zusammenschmilzt. In dieser Verlegenheit sucht der Leipziger Unabhängigentrupp seine Rettung in der Anwendung bolschewistischer Methoden, vor denen kein anderer als Kautsky eindringlich gewarnt hat. Sie wollen die mit Mehrheit gefassten Beschlüsse kassieren und die Haltung der dem Namen nach unabhängigen, in Wirklichkeit spartakistisch gerichteten Minderheit zur Nichtkür der Regierung machen. Dazu forderten sie durch eine vorbereitete Erklärung direkt auf, nachdem sie vor bestimmte Beschlüsse gestellt wurden, die ihnen nicht begehren.

Das ist der Bolschewismus als Verlegenheitsstrich; irgendein Ziel können die Herrschenden bei diesem ihren frivolen Treiben nicht im Auge haben. Wenn sie auf solche Art alle Demokratie und damit wichtige Grundforderungen der Sozialdemokratischen Partei mit Füßen treten, durchbrechen sie nicht nur den Boden, auf dem sie selbst stehen, sie rauben auch ihren Vertretern in der Regierung jeden Stützpunkt. Denn seither war der einigige Halt der Regierung der Landesrat. In diesem Zweck ist er offenbar auch berufen worden, als solchen mußte man ihm natürlich auch Mitbestimmungsrecht und Einfluß geben. Das muß natürlich eine Landesparlamentarismus unter den obwaltenden Umständen ganz von selbst haben, denn sie konnte ja nach Lage der Sache gar nichts anderes sein wie eine Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte im Lande; außerdem aber war dem Landesrat durch die im Einvernehmen mit der Regierung beschlossenen Satzungen auch noch bestätigt worden, daß er die Regierung kontrollieren und beeinflussen sollte. Durch all das suchten die Leipziger Spartakisten einen Strich zu machen, nachdem sie erkannt haben, daß sie nie in die Lage kommen werden, den Landesrat beherrschen zu können. Sie versuchen nun angesichts dieser Sachlage so den starken Mann zu werden, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr Verhalten eine Kontraktverletzung, ein mit durchschlaufter Miene unternommener Ruchzug vor dem grandiosen Vertrauen des Volkes ist, das ihnen die letzten Wahlen in verächtlicher Weise entzogen hat. Durch die Begründung wurde der Eid auch noch zu einem geistigen Kontrakt. Denn wenn nach all den Bemühungen, einen arbeitsfähigen Landtag zustande zu bringen, jetzt erklärt wird, maßgebend könne nur die Haltung der Arbeiter- und Soldatenräte im Lande sein, so muß dabei alle Konsequenz schon angesichts der Gegenfrage in die Brüche gehen, wie denn die Stellungnahme der Arbeiter- und Soldatenräte zur Regierung kommen soll, wenn nicht durch einen Landesrat. Man sieht, die Leipziger drehen sich in der Verlegenheit im Kreise und zeigen sich dabei selbst.

Ob die drei Unabhängigen in der Regierung der Aufforderung ihrer Leipziger Gesinnungsgenossen nachkommen und in Zukunft auf alle Beschlüsse des Landesrats pfeifen werden, insbesondere auf die gestern gefassten, ist zur Zeit noch ungewiss. Sollten sie das unternehmen, wäre das eine brutale Kriegserklärung an die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft im Lande. Denn seit den letzten Wahlen kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß sich die Leipziger Minister, soweit sie sich zu den Unabhängigen zählen, nur auf eine verheißungsvolle Minderheit im Lande stützen können. An ein ferneres Verbleiben der Herren in ihren Stellungen wäre nur solange zu denken, wie sie die Beschlüsse der Mehrheit reiflos durchführen und auch sonst beachten. Auch nur der geringste Versuch, die Beschlüsse des Landesrats zu brüskieren, würde bedeuten, daß sie den schwachen Akt ablegen, auf dem sie heute sitzen.

Der eigentliche Anlaß zu diesem Bolschewistenschritt auf Verlegenheit war nicht von besonderer Wichtigkeit. Es handelte sich um die Frage, ob die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung am 2. Februar, wie die Regierung es wollte, oder bereits am Tage der allgemeinen Nationalratswahl vorgenommen werden sollten. Für die Wahl an einem Tage sprachen eindringlich Zweckmäßigkeitsgründe, die aber bei der heutigen Ueberbürdung mit politischen Aufgaben erheblich ins Gewicht fallen. Die Mehrheit verabschiedete diese Gründe und beschloß, daß die sächsischen Wahlen am 19. Januar vorzunehmen seien. Doch dieser Beschluß ohne Schweregezeiten heute noch durchführbar ist, kann nicht zweifelhaft sein. Es wäre daher, gelinde gesagt, unverständlich, wenn es die unabhängigen Herren in der Regierung beschloß zu einem Konflikt kommen ließen.

Doch noch mehr wie die Vorverlegung des sächsischen Wahltags ging der Leipziger Richtung die Einsetzung eines Zentralrats zur dauernden Kontrolle der Regierung

gegen den Strich. Das ist in Wirklichkeit eine Forderung, die sie selbst erhoben haben, die sie sicher auch begrüßen würden, wenn Aussicht vorhanden wäre, daß sie selbst in diesem Zentralrat die Mehrheit hätten. Denn es ist ja von jeher ihre Absicht gewesen, die revolutionären Regierungen durch die Arbeiter- und Soldatenräte zu beherrschen. Diese Forderung lassen sie aber eilig fallen, sobald sie selbst diese Herrschaft nicht ausüben können. Nun ist es aber die Absicht der Mehrheit im Landesrat gar nicht gewesen, die Regierung zu beherrschen, ihr Bemühen war vielmehr in erster Linie darauf gerichtet, das Ministerium dann arbeitsfähig zu erhalten, wenn es durch Stimmengleichheit zu keinem Entschließen gelangen konnte, dann solle der Zentralrat angerufen werden, eine Entscheidung fällen und so das Ministerium über den toten Punkt hinwegbringen können. Nach Lage der Sache war freilich anzunehmen, daß die Entscheidung in der Regel im Sinne der Mehrheit ausgefallen wäre. Und das war es wieder, was den trotz der trostlosen Minderheit ihrer Gefolgschaft maßlos herrschsüchtigen Leipziger nicht in den Stram posste. Vielmehr haben sie auch in der Einsetzung eines Zentralrats mehr gesucht, als beabsichtigt war, wahrscheinlich hat sie das vorgesehene Abberufungsrecht gegenüber den Volksbeauftragten zum Grabe gebracht. Dieses aber ist lediglich aus den Bestimmungen des Zentralratsgesetzes für das Reich übernommen worden, aber keinerlei Neigung erlöhrungen, das Kabinett mittels des Zentralratsgesetzes zu

iprenen, wie offenbar die Unabhängigen gefürchtet haben. Und wäre es ihnen um eine Verständigung zu tun gewesen, so hätte sich über die Hinwegstellung der Abberufungsbeugnis wohl reden lassen. Denn es ist doch an sich zweifelhaft, ob eine so schwerwiegende Maßnahme durch den Zentralrat ausüben durchzuführen werden kann. Dazu würde sicher die Mitwirkung des Landesrats nicht entbehrt werden können.

Zur Stunde ist weder die Spannung gelockert, noch etwas entschieden. Das Zeichen steht auf Kampf zwischen den beiden Richtungen, weil es die Leipziger so haben wollten. Der neugewählte Zentralrat sieht sich sofort vor wichtige Aufgaben gestellt. Er wird sie allem Anschein nach zunächst trotz alledem auf dem Wege der Verständigung zu lösen suchen. Aller Voraussicht nach werden wichtige Entscheidungen schon Ergebnis geworden sein, wenn diese Zeilen vor die Leser kommen. Die Hoffnungen auf ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen können nur gering sein, sie wären ausgeschlossen, wenn die unabhängigen Volksbeauftragten sich in solch provokatorischer Weise verhalten würden, wie es ihre Gefolgschaft von ihnen gefordert hat. Wie es auch kommen möge, die Vertreter der Partei werden das tun, was im Interesse der weiteren revolutionären Entwicklung erforderlich ist und dabei, soweit es möglich ist, die Verdrängung des Bruderrechts vermeiden, sie dürfen aber im Interesse der großen Sache auch dabei nicht zurückschrecken, wenn uns die Gegenseite keine andre Wahl läßt.

Vor Entscheidungen des Berliner Zentralrats.

Die Regierung Ebert-Haase besteht noch — wenigstens dem Namen nach. Wie lange sie in dieser Zusammenfassung möglich ist, das wird entschieden durch eine gemeinsame Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die heute Vormittag im Reichskanzlerhaus beginnen soll; sie wird sich mit der formellen Frage beschäftigen, ob der Zentralrat die Auflösung der Truppen durch die drei Volksbeauftragten, Ebert, Scheidemann und Landsberg, gegen die Matrosen zu billigen gedenkt. Die Forderungen, die Ebert, Scheidemann und Landsberg zu stellen beabsichtigen, wenn sie weiter im Amte bleiben sollen, sind, laut Volk. St., in der Sicherstellung einer unbedingt zuverlässigen militärischen Macht.

Die beiden Freitagnummern des Vorwärts kennzeichnen die Berliner Situation. Die Abendnummer enthält eine Erklärung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Großberlins, in der es heißt:

Die Versammlung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute Großberlins vom 26. Dezember 1918 hat volles Verständnis für den Willen der Arbeitermassen, der am 25. Dezember zur Besetzung des Vorwärts-Unternehmens geführt hat. Der ungewöhnliche Rechtsbruch, der vor zwei Jahren gegen die Berliner Arbeiterschaft begangen wurde, wird heute um so aufreizender von der revolutionären Arbeiterschaft empfunden, als der Vorwärts in der letzten Zeit in der schamlossten Weise alle christlichen und einschüchtern revolutionären Kreise sowie die Sozialdemokratie beschimpft hat.

Die Versammlung der revolutionären Obleute erkennt das Recht der Berliner Arbeiterschaft auf den Vorwärtsan. Sie ist der Meinung, daß die Vorwärtsangelegenheit in dieser revolutionären Epoche sofort zum Vollzustand der Großberliner Arbeiterschaft in diesem Sinne gelangt werden muß.

Demgegenüber entgegnet der Vorwärts: „Die Redaktion des Vorwärts erklärt sich bereit, die Revolution der revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Großberlins an der Spitze des Blattes unverändert abzurufen. Es bleibt ihr überlassen, an anderer Stelle des Blattes ihren Standpunkt zu der Besetzung des Vorwärts darzulegen. Die Redaktion hat aus den Erklärungen der Kommission der revolutionären Obleute die Ueberzeugung gewonnen, daß die Besetzung des Vorwärts weder von ihnen, noch von der Zeitung des Spartakusbundes veranlaßt worden ist.“

Energisch rechnet der Vorwärts dann mit dem Treiben der Berliner terroristischen Minderheit ab und ruft die sozialdemokratischen Arbeiter zu tatkräftiger Gegenwehr auf. Ueber das zweideutige Verhalten der Unabhängigen schreibt unser Berliner Bruderblatt:

Das Berliner Organ der Unabhängigen betritt kein Gelände, wenn es von einem feindsigen Zustand der Regierung spricht. Die schleichende Krise, die ja eigentlich schon seit dem 9. November besteht, ist verursacht durch die schiefen, hinteren und doppelte Parteil, die als Regierungspartei dazu berufen ist, die neue Ordnung zu schaffen und das Ansehen der republikanischen Verfassungen zu wahren, und die dann immer wieder, nach einem Verlust zur Besserung auf die Spartakusseite hinübertritt, muß als Krisenelement wirken, das Zusammenarbeiten mit ihr gefordert sich mehr und mehr zur Unmöglichkeit.

Jetzt hat sich das Berliner Organ der Unabhängigen, die Mehrheit, in einer Frage von entscheidender Bedeutung wieder ganz Spartakus zugewandt. Gegen den Berliner Matrosenputsch hat die Mehrheit offenbar gar nichts einzuwenden gehabt. Sie findet es ganz in der Ordnung, wenn Militärpersonen, die mit der Regierung einen Rechtsstreit um ein Wertobjekt von 80 000 M. führen, die Regierung deswegen in ihrem Hause gefangen setzen, den Stadtstamm-

domen aus seinen Amtsgedäule herauskloppen, ihn mitzunehmen, einpacken und mit dem Tode bedrohen. Dagegen nicht einmal ein Wort milder Krüge. Aber die Regierung, deren unendlich gebührender Respekt endlich zeigt, die sich nicht jede Demütigung, jede Gewalttat ruhig gefallen lassen will, die sich für verächtlich hält, das Leben eines bedrohten Beamten zu retten, den zu schämen doch nur ihre verdamnte Pflicht und Schuldgefühl ist — sie wird für das Organ der Unabhängigen die Heiligkeit der Kritik und die Verachtung man in jeder Hinsicht die Schuld an dem Blutvergießen aufzubürden.

Wie soll denn Blutvergießen verhindert werden, wenn die eine Seite jedes Recht mit Füßen treten darf, während die andere verpflichtet sein soll, jede Willkür geduldig hinzunehmen? Da haben wir das uns nächstliegende Beispiel des Vorwärts. Gefesselt haben die revolutionären Obleute Großberlins, anerkannt, daß es eine Schande ist, andere gewaltsam an der Vertretung ihrer Ueberzeugung hindern zu wollen, sie haben größtes Gewicht gelegt auf die Freilegung der Tatsache, daß weder sie noch die Zeitung des Spartakusbundes bei dem Attentat auf die Freiheit des Vorwärts die Hand im Spiele hatten. Heute schreit das Organ des Spartakusbundes, die Blute schmei!

Die Weiterbelastung rechtmäßigen Eigentums der Berliner Arbeiterschaft in den Händen der Ebert-Haase, der es als das bösschste Reptil dient, um das revolutionäre Proletariat mit Gift zu besprühen, ist eine Unhaltbarkeit. Es kann nur eine Frage der Zeit sein, wann diese Verhöhnung der elementarsten Rechte und Interessen der Revolution ein Ende nimmt.

Die Redaktion des Vorwärts wird also bald wieder freundschaftlichen Besuch erhalten. Wenn dann aber die zur Verzweiflung getriebenen Parteimassen sich nicht weiter treten lassen wollen, wenn sie sich gegen den Handstreich eines bewaffneten Quaalbaus zur Wehr setzen, dann werden sie wahrscheinlich für die „Freiheit“, „Wahrheit“, die „auf das Volk sprechen“.

Wie lange, glaubt man, würde sich die Masse der arbeitenden Bevölkerung Berlins eine solche ungelohnte Vandalenherrschaft gefallen lassen? Schon jetzt hat der Despotismus, der von einer kleinen Minderheit erzwungen wird, einen Strich erreicht, der nicht mehr ertragen werden kann, und es ist notwendig, den Widerstand gegen ihn zu organisieren. Die Arbeiter werden sich nicht mehr ertönen lassen durch das Schlagwort „Gegenrevolution“, mit dem man alles zu kompromittieren versucht, was geeignet ist, der Willkürherrschaft einer gewalttätigen Minderheit Schranken aufzulegen. Schrey der Republik, der Demokratie, der persönlichen Freiheit, Unterdrückung der sozialdemokratischen Regierung gegen die Unterdrückung, die Einschränkung, die Verdrängung, die tagtäglich gegen sie verübt wird, das ist keine Gegenrevolution, sondern Schrey der revolutionären Massenbewegung gegen ein verwerfliches Treiben, das sie zu vernichten droht.

Wir müssen den Augen klar ins Auge sehen. Daß wir nicht Gewalt, sondern Freiheit, nicht Bürgerkrieg, sondern Einheit wollen, bedarf keines Beweises mehr. Aber wir wissen auch, daß die andere Seite auf nackte Gewalt und Bürgerkrieg gestellt haben. Darum dürfen wir keinen Augenblick vergeffen, daß wir jede Minute bereit sein müssen, für unsere Genossen in der Regierung und damit für die Sache der Sozialdemokratie bis zum allerletzten einzustehen. Sollte es trotzdem eines Tages bedürfen und seinen Vorden gelingen, durch einen Ueberfallstreich sich in den Besitz des Reichsamtsspeditions zu setzen, so wird es die Pflicht der organisierten Arbeiter sein, schon am nächsten Tage mit ihren Häupten wieder herauszukommen. Wir wollen zeigen, daß wir nicht gefangen sind, auf unsere Rücken herumtrampeln zu lassen!

Wir haben diesen Artikel wiedergegeben, weil er besser als alle Berichte die Lage in Berlin charakterisiert. Offensichtlich rufen sich dort die sozialdemokratischen Arbeiter endlich zur organisierten Gegenwehr auf. Für morgen, Sonntag, sind sozialdemokratische Massenversammlungen einberufen, die wiederum zeigen werden, wo die Mehrheit des Berliner arbeitenden Volkes steht.